

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 866848 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Michael Müller MdB
zum Sturz von Michail
Gorbatschow: Ein Ver-
sagen auch des We-
stens.

Seite 1

Ralf Ludwig zur
Herbstinitiative der
Jungsozialisten in den
neuen Bundesländern:
Wir werden uns einmi-
schen!

Seite 2

Dokumentation
Brief des SPD-Bundes-
geschäftsführers Karl-
Heinz Blessing an die
Parteigliederungen: Auf
allen Ebenen deutlich
Protest zeigen.

Seite 4

46. Jahrgang / 159

21. August 1991

Ein Versagen auch des Westens Zum Sturz von Michail Gorbatschow

Von Michael Müller MdB

Gorbatschow ist nicht aus außenpolitischen Gründen entmachtet worden, sondern weil die innenpolitischen Umstrukturierungen weder bislang erfolgreich noch schnell genug erfolgen. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Bereich, leiden stark unter einer Verschlechterung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage und sie geben dafür ebenso wie die Menschen vor in den großen Ballungszentren, die auf noch radikalere Veränderungen drängen, Gorbatschow die Schuld. In der Sowjetunion wird jetzt der eigentliche Konflikt deutlich, der seit rund zwei Jahren die innenpolitische Situation prägt und den Gorbatschow nur mühsam durch seinen 'dritten Weg des reformerischen Ausgleichs' hat in Zaum halten können: Nach den unzureichenden Erfolgen der Perestrojka zurück zu den alten Mechanismen oder zu einem noch sehr viel radikaleren Bruch mit der früheren Ordnung. Zumindest derzeit haben sich die Betonköpfe durchgesetzt, die in schwierigen Situationen nur die Anwendung autoritärer Macht von oben befürworten.

Der evolutionäre Kurs Michail Gorbatschows ist gescheitert, zumindest hat er zuletzt nur geringe Unterstützung in der Bevölkerung gehabt. Insofern ist nicht damit zu rechnen, daß es, gleichgültig wie der Putsch letztlich ausgeht, zu einem Zurück zu Gorbatschows Kurs kommt. Auch die Radikalreformer, die jetzt Gorbatschow unterstützen, kämpfen in erster Linie für die Bewahrung von Glasnost und Demokratie und gegen den Rückfall in die alte Ordnung, nicht aber für das wirtschaftspolitische Konzept Gorbatschows.

Ich habe bereits 1986 die These aufgestellt, daß Gorbatschow vor drei gewaltigen, nur äußerst schwer lösbaren Problemkomplexen steht:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kritischer Umgang
mit westlichen Rohstoffen
Reporting-Paper



- Der ökonomische Übergang, denn es wird zu erheblichen sozialen Verschlechterungen kommen, wenn das alte System nicht mehr funktioniert, das neue aber noch nicht richtig greift. Dieses Problem ist nicht mit der bloßen Formel "Marktwirtschaft" zu lösen, denn nirgendwo in der Welt wurde bisher der Versuch gemacht, eine entwickelte Industriegesellschaft in eine radikal neue Ordnung zu transformieren. Und wie schwierig das ist, zeigt sich derzeit in den neuen Bundesländern, wo die Voraussetzungen vergleichsweise sehr gut sind.
- Der demokratische Übergang, denn auf der einen Seite braucht Gorbatschow eine starke Partei, um seine Reformen gegen die großen Widerstände durchsetzen zu können, und andererseits zielen die Reformen gerade auf eine Entmachtung der Partei.
- Der politische Übergang vom absoluten Zentralismus zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Republiken. Wie auch in anderen Ländern der Welt fördert dieser Prozeß leichter einen neuen Nationalismus statt der Kooperation der unterschiedlichen Nationalitäten und Volksgruppen.

Von daher war es von Anfang an klar, daß Gorbatschow seine wichtigste Aufgabe, die Transformation der sowjetischen Gesellschaft, nur schaffen kann, wenn ihm wirkliche Hilfe der westlichen Industrieländer zukommt. Dies ist jedoch in den letzten sieben Jahren kaum und wenn, nur sehr unzureichend, geschehen. Der Westen hat aus dem Entspannungskurs der UdSSR viele Vorteile gezogen, aber er hat ihr bei den inneren Problemen nicht geholfen. Zuletzt wurde Gorbatschow auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel wie ein Bettler behandelt.

Der Westen hat ein gerütteltes Maß Mitschuld an der Entwicklung in der UdSSR. Großen Sprächen sind keine Taten gefolgt. Es ist bei schulmeisterlichen und ideologischen Belehrungen über die wirtschaftspolitische Wirtschaftsordnung geblieben, wo es um konkrete Hilfsprogramme, Öffnung der Märkte und faire Partnerschaft ging.

(-/21. August 1991/rs/ks)

Wir werden uns einmischen!

Zur Herbstinitiative der Jungsozialisten in den neuen Bundesländern

Von Ralf Ludwig

Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Welch eine Aufbruchstimmung war das, als die Mauer fiel! Die Wende versprach bessere Zeiten, mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Und nun? Mehr Freiheit haben wir. Aber haben wir tatsächlich mehr Möglichkeiten, unser Leben nach unseren Vorstellungen, unseren Träumen und Wünschen zu gestalten?

Kohl versprach uns in wenigen Jahren ein "blühendes Land"! und jetzt: Wir Jugendlichen drohen zu den Verlierern der neuen Zeit zu werden. Statt Zukunftschancen und Hoffnungen droht uns die soziale Deklassierung. Viele Jugendliche wandern in die alten Bundesländer zur Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche ab. Es ist kein Wunder, daß Jugendliche angesichts dieser Situation keinen Bock mehr haben und ihren Frust in Gewalt und Randalen abreagieren. Politiker sollten weniger darüber staunen, als vielmehr verbesserte politische Rahmenbedingungen schaffen, damit Jugendliche ihre Rechte durchsetzen können.

Wir Jusos starten eine Initiative für Jugendrechte. Wir beklagen nicht nur die gegenwärtige Situation, sondern zeigen Alternativen auf und fordern Veränderungen.

Jugend und Ausbildung

- Es fehlen massenhaft Ausbildungs- und Arbeitsplätze, 50.000 Jugendliche werden in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz finden. An vielen Orten wird nur ein Drittel aller Schulabgängerinnen und -abgänger einen Ausbildungsplatz erhalten. Dabei ist über die Qualität

dieser Ausbildungsplätze noch nichts gesagt. Die Mädchen gehören zu den eigentlichen Verliererinnen der Ausbildungsplatznot. Die wenigen Ausbildungsplätze werden überwiegend an Jungen vergeben, Mädchen haben zur Zeit kaum Chancen, einen zu erhalten.

- Es müssen qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendliche geschaffen werden. Das Ausbildungsplatzdefizit der Betriebe muß durch öffentliche Programme ausgeglichen werden. Durch Ost-West-Austauschprogramme sind die Bedingungen in der Ausbildung anzugleichen.
- Die kompromißlose Übernahme des westlichen dreigliedrigen Schulsystems in vielen neuen Bundesländern zeigt die Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Erfordernissen. Eine "Abwicklung" der Hochschulen, die einem Kahlschlag gleichkommt, darf nicht Ziel einer notwendigen Veränderung sein.
- Wir wollen eine Schule, die Spaß macht. Jusos fordern Schulgesetzgebungen, mit der Zielsetzung Gesamtschulen, die ein gleichberechtigtes Lernen von Kindern und Jugendlichen gewährleisten. Die notwendigen Veränderungen an den Hochschulen dürfen nicht auf dem Rücken einer ganzen Studentinnen- und Studentengeneration ausgetragen werden. Den Studentinnen und Studenten und Hochschulangehörigen müssen demokratische Mitbestimmungsrechte und tatsächliche Mitgestaltungsmöglichkeiten gegeben werden.
- Jusos fordern gleiche Berufs- und Ausbildungschancen für Mädchen und Jungen. Es gibt keine Gründe für die bestehende Ungerechtigkeit. Wir treten ein für eine finanzielle Förderung von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Studentinnen und Studenten. Langfristig muß eine elternunabhängige und bedarfsdeckende Grundsicherung für alle eingeführt werden.

Prelawerter Wohnraum für alle

- Wohnungen verfallen, neue werden kaum gebaut, die Mieten steigen! Jugendliche sind wegen ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage, in diesem "Wettbewerb" zu bestehen.
- Dem Verfall weiterer Wohnungen ist durch Sanierungsprogramme zu begegnen. Bei den Eigentumsrechten muß Entschädigung vor Rückgabe gelten. Das Wohnungsangebot darf den privaten Anbietern nicht überlassen werden, wir fordern wirksame öffentliche und gemeinnützige Wohnungsprogramme.

Jugend und Freizeit

- Die bunte Vielfalt wurde uns versprochen. Statt dessen regiert der graue Alltag. Die verbleibende Freizeit ist trist und leer. Das kommerzielle Freizeitangebot bleibt für die Jugendlichen unerschwinglich.
- Wir fordern Kultur- und Freizeitangebote für Jugendliche, die von ihnen selbst gestaltet werden können und Spielraum für Kreativität bieten. Das ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir wollen weder "alte" Jugendclubs noch "neue" Videotheken, sondern Jugendtreffpunkte.

Dem Haß keine Chance

- Soziale Mißstände und fehlende Freizeitangebote führen zu Verunsicherung und Angst. Bei einigen rufen sie eine verstärkte Bereitschaft zu Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Sympathie für die Parolen der Rechtsextremisten hervor. Rechtsextreme Tendenzen und Alternativen gab es bereits vor der Wende. Heute behindern alte Denkstrukturen den Ausbau von Demokratie und die Fähigkeit zur Toleranz.
- Wir müssen deutlich machen: Eine Politik der Feindbilder und Schuldigensuche verbessert nichts. Im Gegenteil: Sie führt zu mehr Ungerechtigkeiten. Wir brauchen gleiche Lebensbedingungen und Perspektiven, gerechte Ausbildungschancen und Arbeitsplätze, eine sinnvolle Schule und attraktive Freizeitangebote.

Und es bewegt sich doch

Wir Jusos treten ein für Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, wir fordern gleiche Chancen in Ost und West. Stillhalten ändert nichts. Wir wollen uns einmischen! Deshalb machen wir Jusos jetzt Aktionen: lokal, regional und bundesweit.

Wer denn, wenn nicht wir, sind gefordert, unsere Rechte einzuklagen. Dies erreichen wir nicht alleine, sondern mit der Beteiligung der Betroffenen. So können wir etwas bewegen.

(-/21. August 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Auf allen Ebenen deutlich Protest zeigen

Aus Anlaß des Putsches in der UdSSR hat sich der Bundesgeschäftsführer der SPD, Karlheinz Blessing, mit einem Brief an die Gliederungen der Partei gewandt, den wir - leicht gekürzt - dokumentieren.

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der Staatsstreich in Moskau hat einen Mann gestürzt, der ein Hoffnungsträger für die friedliche Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft gewesen ist. Es ist noch zu früh, um in diesen dramatischen Stunden beurteilen zu können, ob die Umwälzung der Beginn blutiger Konflikte im Innern wird.

Wir erwarten, daß sich die Sowjetunion an alle außenpolitisch eingegangenen Verpflichtungen hält, einschließlich des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland und der Einhaltung der unterzeichneten Abrüstungsvereinbarungen.

Wir halten es für erforderlich, daß die Bundesregierung auf eine geschlossene Haltung der Europäischen Gemeinschaft und der USA hinwirkt. Dabei ist besonders zu unterstreichen, daß zu den internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion alle Grundsätze gehören, die in der Charta von Paris im November vergangenen Jahres beschlossen worden sind. Zu diesen Grundsätzen der europäischen Zusammenarbeit, die auch für die Sowjetunion verbindlich sind, gehören auch die Respektierung der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten. Die Sowjetunion sollte wissen, daß sie an der Einhaltung dieser Verpflichtungen gemessen wird.

Wir stehen auf der Seite derer, die sich weiterhin für die Politik der Perestroika, für die Öffnung der Sowjetunion, für Pluralismus und für Demokratisierung einsetzen.

Wir verlangen Auskunft über das Befinden und das Schicksal Michail Gorbatschows.

Ich bitte Euch auf allen politischen Ebenen unseren Protest deutlich zu zeigen.

Gemeinsam mit befreundeten Organisationen, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Kirchengemeinden, Friedensinitiativen, anderen demokratischen Parteien sollten wir örtliche Demonstrationen, Mahnwachen organisieren. Alle Protestformen sollten unseren friedlichen Widerstand gegen die Aggression der Putschisten verdeutlichen...

Mit freundlichen Grüßen

Karlheinz Blessing.*

(-/21. August 1991/rs/ks)
